

Pressemitteilung

Stabsstelle
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon 0711 / 224 62-28
Telefax: 0711 / 224 62-23
E-Mail: presse@landkreistag-bw.de

Alle Pressemitteilungen und mehr unter:
www.landkreistag-bw.de

Stuttgart, den 16.09.2022

Zumeldung zur Pressemitteilung der BWKG "Alarmstufe ROT: Im Land fehlen 640 Millionen Euro"

Zum Hilfeschrei der baden-württembergischen Krankenhäuser, dass die aktuelle Kostenexplosion die Krankenhäuser vor eine unlösbare Aufgabe stellt und die dramatische Situation durch bürokratische Gängelung noch zusätzlich verschärft wird, erklärt der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter:

„Nach den massiven Belastungen der Pandemie sehen sich die Kliniken nun durch Inflation und explodierende Energiepreise existenziell gefährdet. Ohne einen Inflationsausgleich in Form eines Aufschlags von vier Prozent auf die Krankenhausrechnungen drohen etliche Kliniken in die Insolvenz zu gehen – mit verheerenden Folgen für die Krankenhauslandschaft. Die Landkreise sind davon unmittelbar betroffen, denn wenn Kliniken insolvent gehen, trifft sie der Sicherstellungsauftrag. Hier muss der Bund endlich handeln, denn es ist bereits fünf nach zwölf.

Fatal wirken sich auch die jüngsten Corona-Auflagen für Krankenhausbeschäftigte aus. Dass sich Klinikpersonal nur noch unter Aufsicht testen lassen darf, ist ebenso unerträglich wie die ab 1. Oktober greifende Verschärfung der durch nichts zu rechtfertigenden einrichtungsbezogenen Impfpflicht. Hier wird mutwillig die kostbarste Ressource der Krankenhäuser beschädigt, nämlich die Motivation ihres Personals. Bundesgesundheitsminister Lauterbach muss dieses Demotivierungsprogramm unverzüglich beenden. Von Landesgesundheitsminister Lucha erwarte ich, dass er sich der pragmatischen Position seines bayerischen Amtskollegen anschließt, wonach für Mitarbeitende, die vor dem 1. Oktober bereits in ihrer Einrichtung beschäftigt waren, keine Pflicht zum Nachweis einer neuen Impfung besteht.“